

## **Ad-Hoc-Komitees für ein Neues Bretton Woods**

**Nach den vorangegangenen Aufrufen von 1997, 2000 und 2006, in denen inzwischen Tausende namhafter Persönlichkeiten aus aller Welt, darunter ehemalige Regierungschefs, Abgeordnete, Gewerkschafter, Unternehmer, Bürgerrechtler, Kirchenvertreter, Vertreter des Militärs u.v.a. eine Reorganisation des Weltfinanzsystems forderten, hat die Vorsitzende des Schiller-Instituts, Helga Zepp-LaRouche, den folgenden neuen Aufruf verfaßt, der vom Schiller-Institut weltweit verbreitet wird. Er soll mit den Namen der Unterzeichner im Internet und verschiedenen Zeitungen veröffentlicht und dem amerikanischen Kongreß und den Parlamenten der Welt vorgelegt werden.**

Der Systemkrach des Weltfinanzsystems ist in vollem Gang. Ausgelöst, aber nicht verursacht, durch den Kollaps des zweitrangigen Hypothekenmarktes in den USA und das Ende des inflationären Yen Carry Trade in Japan, ist das Kartenhaus der „kreativen Finanzinstrumente“, wie Alan Greenspan die verschiedenen Finanzderivate genannt hatte, dabei, einzustürzen. Während sich der Übernahmewahnsinn seitens der Hedgefonds und privaten Beteiligungsgesellschaften in den letzten Jahren und Monaten zu immer wilderen Raubzügen gesteigert hat, bleiben jetzt die Investmentbanken, die einen Großteil dieser Übernahmen finanziert hatten, auf diesen faulen Krediten sitzen. Weitere US-Hypothekenfinanzierer werden Insolvenz anmelden, weitere Banken werden in den Strudel der Kreditkrise hineingezogen werden. In den USA stehen noch fast zehn Billionen Dollar an Hypothekenkrediten aus, davon über ein Drittel mit schlechter Bonität. In Deutschland haben die Beispiele der IKB-Bank und der WestLB gezeigt, daß die Vorstände sich schwertun, das Ausmaß der Verluste zuzugeben.

Der Mythos, daß die Zentralbanken endlos viele Möglichkeiten hätten, um einen Krach immer wieder hinauszuzögern, platzt: sie befinden sich nun zwischen der Scylla der Inflationsbekämpfung durch höhere Zinsraten, was angesichts der deutlichen Inflation bei Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Erdöl dringend erforderlich wäre, aber dazu führt, daß Blasen wie der US-Hypothekenmarkt etc. um so schneller platzen, und der Charybdis der Kreditkrise, die durch den „reversed leverage“-Kollaps ausgelöst wurde. Wenn die Zentralbanken nun versuchen, eine Kettenreaktion durch Liquiditätsspritzen in dreistelliger Milliardenhöhe zu verhindern, wie es in der zweiten Augustwoche innerhalb von 24 Stunden geschah, bedeutet dies nur, daß es zu einer Hyperinflation wie in Weimar-Deutschland 1923 kommt - nur diesmal nicht in einem Land, sondern im Weltmaßstab.

Es ist eine Zwickmühle, aus der es keinen Ausweg gibt: das System ist am Ende.

Es drohen katastrophale Konsequenzen für die Weltbevölkerung. Wenn die Staaten ihre Ausgaben nicht mehr finanzieren können, drohen die Gesellschaften im Chaos zu versinken. Das Modell der sogenannten Globalisierung ist heute genauso bankrott, wie es 1989-91 das kommunistische System gewesen ist. Alle Prinzipien, die mit der Globalisierung assoziiert sind, wie „*outsourcing*“, d.h. Verlagerung hochqualifizierter Arbeitsplätze in Billigproduktionsländer, das *shareholder-value-Denken*, Geld macht Geld, *just in time*-Produktion, *benchmarking* etc. werden ausrangiert. Der Zustand der zusammenbrechenden Infrastruktur in den G7-Staaten ist der beste Indikator für das Scheitern der ungezügelten freien Marktwirtschaft.

Um den unerträglichen Schaden, den ein unkontrollierter Kollaps des Weltfinanzsystems auszulösen droht, von der Bevölkerung fernzuhalten, fordern wir, die Unterzeichner, die sofortige Einberufung einer Notkonferenz, die eine neue globale Finanzarchitektur in der Tradition des von Franklin D. Roosevelts initiierten

Bretton-Woods-Systems von 1944 beschließen muß.

Wir, die Unterzeichner, weisen auch darauf hin, daß das italienische Parlament Lyndon LaRouches Vorschlag aufgegriffen und am 6. April 2005 in einer Entschließung die italienische Regierung aufgefordert hat, „eine internationale Konferenz auf der Ebene der Staatschefs einzuberufen, um ein neues und gerechteres Weltwährungs- und Finanzsystem verbindlich festzulegen“.

Die Notwendigkeit für eine solche grundlegende Reorganisation ist heute dringender denn je, aber auch die Möglichkeiten für ihre Verwirklichung sind gewachsen. Und daran ist eine Ironie der Geschichte schuld. Denn als sich 1991 die Sowjetunion aufzulösen begann, beschlossen die Neokonservativen in der Regierung von Präsident George Bush sen., die amerikanische Republik gemäß des „Project for a New American Century“ in ein Imperium zu verwandeln. Diese Machtideologie erhob das Postulat, daß nie wieder eine Nation oder eine Gruppe von Nationen die Vormachtstellung der USA in politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Hinsicht bedrohen können sollte.

Nun haben aber gerade die Neokonservativen der Regierung Bush/Cheney mit ihrer Politik präventiver Kriege und Regimewechsel dafür gesorgt, daß der Prozeß der Kooperation der Nationen Eurasiens und Lateinamerikas, der normalerweise Jahrzehnte gedauert hätte, sich unter dem Eindruck der amerikanischen unilateralen Politik extrem beschleunigt hat. Eine ganze Reihe von Staatschefs wichtiger Staaten hat deutlich gemacht, daß sie entschlossen sind, das Gemeinwohl ihrer Bevölkerung gegen die Übergriffe der mit der Globalisierung assoziierten Finanzinstitutionen zu verteidigen. Deshalb sind die Chancen, die Frage einer gerechten neuen Weltwirtschaftsordnung auf die Tagesordnung zu setzen, enorm gestiegen. Viele Projekte, die die LaRouche-Bewegung seit Jahrzehnten mit dem Ausbau der Eurasischen Landbrücke als Kernstück einer Rekonstruktion der Weltwirtschaft fordert, stehen heute in vielen Staaten auf der Tagesordnung.

Es wäre aber eine gefährliche Illusion zu meinen, daß eine erfolgreiche Reorganisation des bankrotten Weltfinanzsystems ohne oder gegen die USA erfolgen könnte. Deshalb sprechen sich die Unterzeichner für eine Zusammenarbeit mit dem wirklichen Amerika in der Tradition der Amerikanischen Revolution und der Unabhängigkeitserklärung aus, die mit Namen wie Alexander Hamilton, John Quincy Adams, Abraham Lincoln, Franklin D. Roosevelt und Martin Luther King verbunden sind, und die heute von Lyndon LaRouche inspiriert wird. Amerika muß Teil der neuen Prinzipiengemeinschaft souveräner Republiken sein, die durch ein gemeinsames Interesse der Menschheit verbunden sind.

Lyndon LaRouche hat in den letzten Monaten immer wieder darauf hingewiesen, daß nur die Kombination eines veränderten Amerikas zusammen mit Rußland, China und Indien stark genug sei, um die Frage eines neuen Finanzsystems auf die Tagesordnung zu setzen.

Das bedeutet aber nicht, daß die anderen Nationen sich nicht als Partner diesen vier großen Nationen zuordnen können und sollen.

Um die Fehlentwicklungen zu korrigieren, die aufgrund des Wertewandels der vergangenen 40 Jahre und vor allem seit Abschaffung des Systems fester Wechselkurse durch US-Präsident Richard Nixon 1971 einsetzten und die nach der Auflösung der Sowjetunion mit der ungezügelter Globalisierung zu dem derzeitigen brutalen Raubtierkapitalismus geführt haben, muß die sofort einzuberufende Notkonferenz für ein Neues Bretton Woods daher beschließen:

1. Das gegenwärtige Weltfinanzsystem muß für hoffnungslos bankrott erklärt und durch ein neues ersetzt werden.
2. Es müssen umgehend feste Wechselkurse vereinbart werden.

3. Derivatspekulation muß durch ein Abkommen zwischen Regierungen verboten werden.
4. Es muß eine umfassende Reorganisation bzw. Streichung der Schulden vorgenommen werden.
5. Es müssen neue Kreditlinien durch staatliche Kreditschöpfung in der Tradition Alexander Hamiltons, des amerikanischen Systems und FDRs New Deal zur Verfügung gestellt werden, die durch Investitionen in grundlegende Infrastruktur und technologische Erneuerung produktive Vollbeschäftigung ermöglichen.
6. Der Ausbau der Eurasischen Landbrücke als Kernstück des Wiederaufbaus der Weltwirtschaft ist dabei die Vision, die nicht nur ein neues Wirtschaftswunder bringen wird, sondern auch eine Friedensordnung für das 21. Jahrhundert werden kann.
7. Ein neuer „Westfälischer Friedensvertrag“ muß auf mindestens 50 Jahre die Erschließung und Entwicklung von Rohstoffen für alle Nationen dieser Erde garantieren.

Wir, die Unterzeichner, sind der Auffassung, daß das System der „Globalisierung“ mit seinem brutalen Raubtierkapitalismus wirtschaftlich, finanziell und moralisch gescheitert ist. Statt dessen muß wieder der Mensch in den Mittelpunkt gestellt werden, und die Wirtschaft muß zuallererst dem Gemeinwohl dienen. Die neue Weltwirtschaftsordnung muß die unveräußerlichen Rechte aller Menschen auf diesem Planeten garantieren.

*Erstunterzeichner:*

*Helga Zepp-LaRouche,*

*Bundvorsitzende der BüSo und Vorsitzende des Schiller-Instituts*

---

***Ich unterstütze den obigen Aufruf für ein Neues Bretton Woods mit meiner Unterschrift.***

---

Vorname, Name

---

Titel, Amt, Organisation

---

Straße, Nr.

---

PLZ, Ort, Land

---

Telefon, E-Mail

**Bitte ausfüllen und einsenden an:**

Schiller-Institut, Vereinigung für Staatskunst e.V.

Geschäftsstelle Wiesbaden, Postfach 5301, 65043 Wiesbaden

**Auswahl** von Unterstützern des obigen Aufrufs für ein Neues Bretton Woods (Stand Mitte Dezember 2007):

**Belgien:** M. Thierry Convent, Architekt, Brussel; Wilhelm Dohmen, Hergenrath.  
**Dänemark:** Jörgen Bang, Bauaesgaard Engineering Co., Assens; Tom Gillesberg, Vorsitzender Schiller-Institut Dänemark. **Deutschland:** Franz Blanke, Ingenieur, Bonn; Wolfgang Hoderlein, Abgeordneter Bayerischer Landtag, Stadtsteinach; Wilhelm Klepper, Konzertmeister, Bamberg; Gerlinde Otto, Diplom-Wirtschaftler, Unternehmensberatung, Dessau; Michael Paxian, Lehrer, Icking; Olav Sünnecke, Mediendesign, München.

**Frankreich: Abgeordnete und Amtsträger:** André Gerin, Bürgermeister von Venissieux (69), Abgeordneter (Kommunistische Partei), Department Rhône, Mitglied der Parlamentsfraktion Demokratische und Republikanische Linke (Gauche démocrate et republicaine); Gérard Charasse, Abgeordneter (Radikale Partei, PRG) Allier, Vichy, Vizepräsident der Parlamentsfraktion Sozialisten, Radikale und Bürger, (Socialiste, radical et citoyen), Mitglied des Verteidigungsausschusses; Paul Fromonteil, Vizepräsident der Region Poitou-Charentes, Châtelleraut (Vienne).

**Bürgermeister:** Jean Andrieux, Saint Martial D'Albarede (Dordogne); Jean Badin, Saint Anne sur Gervonde (Isère); Nicolas Bahu, Marizy Sainte Genevieve (Aisne); Daniel Barret, Treguidel (Cotes d'Armor); Didier Bazin, Saint Pierre Aigle (Aisne); Denis Berthoux, Creancy (Cote d'Or); Jean-Jacques Billaz, Saint Pierre D'Allevard (Isère); Jean-Pierre Blancard, Villers au Bois (Pas de Calais); Charles Bourdais, Mont-Dol (Ille et Vilaine); Daniel Bretillon, Courcelles les Semur (Cote d'Or); Jean-Paul Cailleateau, Vouthon (Charente); Jean-Michel Camou, Oregue (Pyrénées Atlantiques); Jean Cazalas, Sainte Aurence Cazaux (Gers); Pierre Ducros, Gilhac et Bruzac (Ardeche); Jacky Duminy, Ors (Nord); Mme Marie-France Salles, Engayrac (Lot et Garonne); Michel Fabries, Teyssode (Tarn et Garonne); Yves Genin, Autet (Haute Saône); René Giavarini, Serignac (Tarn et Garonne); Daniel Heydt, Bellange (Moselle); Michel Georges, Thiaville sur Meurthe (Meurthe et Moselle); Jean-Paul Goyheneche, Ugny-le-Gay (Aisne); Jean-Pierre Koegler, Miery (Jura); Didier Marchal, Beaumotte les Pin (Haute Saône); Alain Marsac, Montreuil le Gast (Ille et Vilaine); René Mechet, Chassigny (Haute Marne); Pierre Mesqui, Blanquefort sue Bridance (Lot et Garonne); Gérard Tardy, Lorette (Loire); Olivier Timmerman, Quierzy (Aisne); Hubert Trapet, Pontigny (Yonne).

**Weitere namhafte Persönlichkeiten:** Philippe Bourcier de Carbon, Demograph, Paris; Lanciné Camara, Journalist, Chefredakteur *Devoir Africain*, Präsident des Internationalen Union afrikanischer Journalisten, Alfortville (Val de Marne); Etienne Chouard, Professor, Marseille (Bouches du Rhône); Thierry Meyssan, Autor.

*Zu den Unterzeichnern eines früheren Aufrufs für ein Neues Bretton Woods, den die Vorsitzende des Schiller-Instituts, Helga Zepp-LaRouche, im Jahr 2006 veröffentlicht hatte, gehörten u.a. die folgenden Persönlichkeiten:*

Chief Wunmi Adegbonmire, Staatssekretär a.D., Akure, Nigeria; Alberto Arrighi, Abgeordneter der Regierungspartei *Alleanza Nazionale* im italienischen Parlament, Mitglied des Ausschusses für Produktion und Handel, Rom; Prof. Blagoje Babic, Professor für internationale Finanzen, Belgrad; Asger Baunsbak-Jensen, ehem. Chef

und Abgeordneter der Sozialliberalen Partei (Det Radikale Venstre) im dänischen Parlament, Pfarrer und Schriftsteller, Dänemark; Senator Tino Bedin, Partei „La Margherita“, Vizepräsident des Menschenrechtsausschusses im italienischen Senat, Mitglied des Verteidigungs- und EU-Ausschusses; Rom; Giovanni Bianchi, Abgeordneter der Oppositionspartei „La Margherita“ im italienischen Parlament, Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses; Rom; Anna Maria Stame Cervone, Präsidentin der Christdemokratischen Internationale der Frauen, Vertreterin der Christdemokratischen Internationale bei den Vereinten Nationen, Rom; Gérard Charasse, Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (Député de l'Allier), Paris; Jacques Cheminade, Präsident der Partei Solidarité et Progrès, Paris, Frankreich; Alhaji Adamu Ciroma, ehem. nigerianischer Finanzminister, Abuja, Nigeria; Sandro Delmastro Delle Vedove, Abgeordneter der Regierungspartei *Alleanza Nazionale* im italienischen Parlament, Mitglied der Ausschüsse für Transport und Kultur, Rom; Senator Gian Guido Folloni, ehem. italienischer Minister und Senator, Rom; Dr. Nino Galloni, Ökonom, Generaldirektor im italienischen Sozialministerium, zuständig für die Verwaltung der Rentenkasse aller öffentlichen Angestellten Rom; Alfonso Gianni, Abgeordneter der italienischen Oppositionspartei „Rifondazione Comunista“, Mitglied des Sozialausschusses, Rom; Alfiero Grandi, Abgeordneter der Oppositionspartei „Democratici di Sinistra“ im italienischen Parlament, Vizepräsident des Finanzausschusses, Rom; Hoegni Hoydal, Landtagspräsident der Färoer Inseln und Abgeordneter des dänischen Parlaments; Alhaji Gidado Idris, Staatssekretär a.D., Abuja, Nigeria; Prof. Dr. Hans Richard Klecatsky, ehem. österreichischer Justizminister, Prof. (em.) für öffentliches Recht, Universität Innsbruck; Dr. Tibor Kováts, Ökonom, ehem. Vorsitzender der politischen Gefangenen Ungarns, Budaörs; Prof. Aleksander Krzyminski, ehem. polnischer stellv. Außenminister, Warschau, Polen; Dr. Zbigniew Kwiczak, Botschaftsrat im Ministerrang a.D., Warschau, Polen; Mario Lettieri, Abgeordneter der italienischen Oppositionspartei „La Margherita“, Mitglied des Finanzausschusses, Initiator der am 6. April beschlossenen überparteilichen Resolution für eine „neue Finanzarchitektur“ im italienischen Parlament, Rom; Heidi Lück, Mitglied des Bayerischen Landtags, Durach; Eduardo Macaluse, Fraktionsvors. der Partei ARI im argentinischen Parlament, Buenos Aires, Argentinien; Senator Gigi Malabarba, Fraktionsvors. „Rifondazione Comunista“ im italienischen Senat, Mitgl. des Geheimdienstausschusses, Rom; Dr. Roman Malinowski, ehem. Präsident des polnischen Parlaments, Warschau, Polen; Anne-Marie Meldgaard, Abgeordnete des dänischen Parlaments (SPD), Kopenhagen; Prof. Dr. Stanislaw Menschikow, Ökonom, Rußland; Dr. Claus Noé, Staatssekretär a.D., Berlin; Senator Jim Nwobodo, Abuja, Nigeria; Chief Ayo Ogunlade, ehem. nigerianischer Planungsminister, Ekiti, Nigeria; Victor Olabintan, Landtagspräsident des nigerianischen Bundesstaates Ondo, Akure, Nigeria; Antonio Parlato, ehem. Abgeordneter der Regierungspartei *Alleanza Nazionale* und ehem. Referatsleiter im italienischen Finanzministerium, Direktor der neapolitanischen Presseagentur *Iniziativa Meridionale*, Neapel; Senator Oscar Peterlini, Südtiroler Volkspartei, Mitgl. des Sozialausschusses, Initiator mehrerer Resolutionen für ein Neues Bretton Woods im italienischen Senat, Rom; Prof. Dr. Imre Pozsgay, Staatsminister a.D., Budapest; Tadeusz Ruchniewicz, PSL (Bauernpartei), Warschau, Polen; Prof. Dragoljub Stojanov, Ökonom, Universität Sarajewo; Antonio Valdes, ehem. Staatssekretär im philippinischen Erziehungsministerium, Manila, Philippinen; Maria Wieladek, PSL (Bauernpartei), Warschau, Polen; Prof. Dr. Ernst Florian Winter, Direktor (a.D.) der Diplomatischen Akademie, Wien; Helga Zepp-LaRouche, Vorsitzende des Schiller Instituts, Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Wiesbaden.